

### **Zusammenfassung der Motion**

In ihrer am 15. Februar 2006 eingereichten (TGR S. 314) und am 7. März 2006 begründeten Motion (TGR S. 596) ersuchen die Grossräte Michel Losey und Paul Sansonnens den Staatsrat, die Bestimmungen über das Bauen ausserhalb der Bauzone zu ändern, um die auf Bundesebene gefällten Entscheide im Bereich der Bioenergie berücksichtigen zu können. Die Motionäre sind der Meinung, der Kanton Freiburg müsse die Chance nutzen und die Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, rasch eine oder mehrere Anlagen errichten zu können, um das künftige Bedürfnis nach Anlagen befriedigen zu können, mit denen die Rohstoffe des Kantons Freiburg (Holz, Getreide, Kartoffeln, Rüben, Raps, Grünabfälle wie Gras sowie bestimmte verwertbare Industrieabfälle) umgewandelt werden können. Sie sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft vor einem radikalen Wandel steht. Die Nahrungsmittel werden für ein Spottgeld auf dem Weltmarkt verschербelt, während sich die Erdölproduktion dem Ende zu nähern scheint. In diesem Umfeld muss sich der Kanton positionieren und die künftige Entwicklung vorwegnehmen. Es geht darum, den Unternehmern und Selbstständigen die Möglichkeit zu bieten, auf neuen alternativen Geschäftsfeldern tätig zu werden und so eine gewichtige Herausforderung anzunehmen. Damit erhielte ein neuer Geschäftszweig neuen Schwung.

### **Antwort des Staatsrats**

Seit dem Inkrafttreten im September 2000 des revidierten Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) und der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV) ist das Errichten von Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone weitgehend auf Bundesebene geregelt. Das kantonale Recht kann denn auch keine Bestimmungen enthalten, die nicht mit dem Bundesrecht kompatibel sind. Dasselbe gilt auch für zonenkonforme Bauten und Anlagen in der Landwirtschaftszone, also Bauten und Anlagen, die zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung oder für den produzierenden Gartenbau nötig sind, bzw. die der inneren Aufstockung eines landwirtschaftlichen oder eines dem produzierenden Gartenbau zugehörigen Betriebs dienen (Art. 16a RPG und 34ff RRV).

Die Teilrevision des RPG, auf die sich die Motionäre beziehen, soll Anfangs nächstes Jahr in Kraft treten. Mit dieser Revision wird unter anderem die Zonenkonformität auf Bauten und Anlagen ausgedehnt, die zur Gewinnung von Energie aus Biomasse nötig sind – mit der Einschränkung, dass die verarbeitete Biomasse einen engen Bezug zur Landwirtschaft sowie zum Standortbetrieb aufweisen muss. Der enge Bezug zur Landwirtschaft und zum betroffenen Betrieb wird in Artikel 34bis des RRV-Entwurfs vorausgesetzt. Diese Bedingung können aber einzig Landwirtschaftsbetriebe erfüllen. Industrielle Anlagen werden somit auch nach der Teilrevision nicht zonenkonform sein.

Der Staatsrat befürwortet Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien im Bereich der Landwirtschaft; denn die Schweiz ist immer noch in hohem Masse abhängig von den fossilen Energieträgern. Und angesichts der Aussichten – sowohl in Bezug auf die Versorgungssicherheit als auch auf den Umweltschutz – muss diese Abhängigkeit reduziert werden. In diesem Sinne geht die Teilrevision des RPG in die richtige Richtung. Dem ist

allerdings hinzuzufügen, dass diese Teilrevision eine Antwort auf die Forderungen aus politischen Kreisen ist, rasch Bedingungen zu schaffen, die es dem Landwirtschaftssektor ermöglichen, auf die neuen strukturellen Herausforderungen zu reagieren. Um die aktuellen Probleme möglichst schnell angehen zu können, wurde davon abgesehen, die Totalrevision des RPG abzuwarten. Stattdessen wählte man den Weg einer Teilrevision und beschränkte sich dabei auf die Aspekte, bei denen ein Konsens wahrscheinlich scheint und die besonders dringend gelöst werden müssen, sollen der Landwirtschaft in absehbarer Zeit neue Perspektiven eröffnet werden können.

Dem ist anzufügen, dass das bisherige System mit der Teilrevision des RPG beibehalten wird. Das heisst, das Bauen ausserhalb der Bauzonen ist auch mit dieser Revision weitgehend auf Bundesebene geregelt. Da die Neuerungen jedoch im Widerspruch mit der Raumplanung gewisser Kantone stehen können, gibt das revidierte RPG diesen Kantonen ausdrücklich die Möglichkeit, strengere Bestimmungen auf Gesetzes- oder Zonennutzungsplanebene zu erlassen, wenn sie von den neuen Möglichkeiten des Bundesrechts nicht oder nur teilweise Gebrauch machen wollen. Diesen Spielraum haben die Kantone jedoch nur in Bezug auf nichtlandwirtschaftliche Zusatzaktivitäten, die landwirtschaftsfremde Wohnnutzung durch Umbau und auf die hobbymässige Tierhaltung (Art. 16a Abs. 2, 24b, 24c Abs. 2 und 24d RPG). Mit andern Worten, dieser Spielraum gilt nicht für Anlagen oder Bauten zur Energieerzeugung aus Biomasse (Art. 16 Abs. 1bis RPG). In diesem Punkt können die Kantone demnach weder flexibler sein als das Bundesrecht, noch können sie andere Kriterien für solche Anlagen und Bauten vorsehen.

Entsprechend wäre es für die Kantone auch wenig sinnvoll, ihre Gesetzgebung anzupassen und Bestimmungen zu genau dieser Frage einzuführen. Die Zulässigkeit von Anlagen oder Bauten zur Energieerzeugung aus Biomasse wird ausschliesslich auf Bundesebene geregelt. Und mit dem Inkrafttreten des revidierten RPG kann der Kanton solche Anlagen gemäss den im Bundesrecht festgelegten Bedingungen genehmigen.

Aus all diesen Gründen verweist der Vorentwurf für die Revision des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG), der in Kürze dem Grossen Rat unterbreitet werden wird, in der Frage der Zonenkonformität von Anlagen und Bauten in Landwirtschaftszonen explizit auf das Bundesrecht (Art. 53 Abs. 2). Dieser Verweis macht auch deshalb Sinn, weil der Bereich der Bauten ausserhalb der Bauzone und der Bereich der Landwirtschaftszonen im Rahmen der Totalrevision des RPG, für die die Arbeiten 2007 beginnen werden, überarbeitet werden.

Die Totalrevision wird die Möglichkeit bieten, auch die Frage der Zonenkonformität von Anlagen zur Energiegewinnung aus Biomasse durch die Berücksichtigung der Energiepolitik zu vertiefen.

Zusammenfassend schlägt der Staatsrat Ihnen vor, die Motion angesichts des aktuellen rechtlichen Rahmens auf Bundesebene abzulehnen.

Freiburg, den 29. August 2006